arbeitsblätter

nummer 8

Materialien zur Abrüstung

-Zwischenergebnisse einer Studie über Probleme der Abrüstung

die arbeitsblätter werden für die mitglieder des sds herausgegeben. in ihnen stellt der bundesvorstand des sds aufsätze, referate, protokolle, arbeitsergebnisse zur diskussion. sie sind nicht nur zur selbstverständigung gedacht. sie wollen zugleich als hinweis für unsere politische praxis verstanden sein. sie bleiben internes arbeitsmaterial, entstanden durch mitarbeit der gruppen und zufällige ereignisse. verantwortlich für diese nummer: unsula schmiederer (marburg), die im auftrag des bundesvorstandes des sds die studie: probleme der abrüstung betreut.
bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes,
6 ooo frankfurt/m w 13, kurfürstenstr. 8 tel. 77 64 22
nummer 8 ist erschienen im juni 1965

V O R B E M E R K U N G

Als Ergebnis der Arbeitstagung über Probleme der Abrüstung liegen hier nun die ersten Materialien zum Abrüstungsbuch vor. Diese kommen sozusagen aus der Werkstatt - sind noch unsystematisch und ungeordnet. Gliederungen und Stichworte zeigen jedoch - auch wenn sie bruchstückhaft sind - ungeführ die Richtung der Argumentation auf.

Da der Teil über militärische Probleme (I) und Teile des "Friedensbewegungs"-Kapitel (V)schon weitgehend fertiggestellt sind; da wir die zuverlässige Versicherung haben, daß der ökonomische und der politische Teil jetzt rasch bearbeitet werden, halten wir unsere neue Terminplanung für einigermaßen realistisch: wir wollen uns noch im Sommersemester (also Mitte bis Ende Juli) zu einer Arbeitssitzung treffen, auf der dann - bevor die Manuskripte endgültig formuliert werden - noch einmal inhaltliche Fragen diskutiert werden, die einzelnen Teile weiter aufeinander abgestimmt und der Rahmen schließlich fixiert werden können. Im Oktober (möglicherweise zur DK) könnten dann die Manuskripte fertig vorliegen. Können wir diesen Terminplan einhalten , so besteht immerhin die Chance, daß das Buch zum nächsten Ostermarsch vorliegt. Damit hätten wir eine der wesentlichen politischen Intentionen erfüllt, nämlich die Diskussion weiterzutreiben- und zwar nicht zuletzt in der Abrüstungsbewegung selbst.

Revidierte - neue Gliederung:

I Militärische Probleme der Abrüstung (bisher II)
II Ökonomische Probleme der Abrüstung (bisher I und VII)
III gesellschaftliche Probleme (bisher IV)
IV Politische Probleme (bisher III und V)
V Friedensbewegungen (bisher VI)
VI Perspektiven einer Friedenspolitik, VII Anhang

Die Vorwegnahme des militärischen Teils rechtfertigt sich aus der Intention, militär-politisch immanent die Notwendigkeit von Abrüstung zu demonstrieren, die Symmetrie westicher und östlicher Militärpolitik zu verdeutlichen und innere Widersprüche militär-politischer Konzeptionen (auch von "Zivilverteidigung" etc) aufzuweisen.
Das ökonomische Kapitel soll einerseits - mehr theoretisch - die Funktion von Rüstung im kapitalistischen System und die Bedingungen einer Umwandlung von Rüstungs- in Friedenswirtschaft aufzeigen, andererseits am Material Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Bedingungen einer solchen Transformation prüfen. Die Rolle der Rüstung im System sozialistischer Wirtschaftsplanung und die Gültigkeit der Imperialismustheorien sollen überprüft werden.

Der Teil, der die gesellschaftlichen und Sozialpsychologischen Fragen der kapitalistischen Rüstungsgesellschaft behandelt, soll die Faktoren in einer repressiven Gesellschaft mit vorherrschend autoritärer Charakterstruktur ihrer Mitglieder aufzeigen, die sich gesellschaftlichen Veränderungen gegenüber als hemmend erweisen. Dazu gehört die Analyse der Verflechtung von Staat und Gesellschaft, der Funktionen von Machtgruppen (das Problem der power-elite) usw., aber auch ideologische und sozialpsychologische Fragen.
Im politischen Teil soll vor allem "Koexistenz" als Prinzip internationaler Beziehungen in ihrer Bedeutung für West und Ost, für die regionale Situation Europas und als Ablösung der Periode des Kalten Krieges (auf dessen Entstehung und Funktion dabei einzugehen wäre) untersucht werden.
Die Entwicklung religiöser, bürgerlicher und sozialistischer Friedenspolitik und Friedensvorstellungen soll vor allem unter dem Aspekt politischer Effektivität behandelt werden.
Im letzten Teil - mit "perspektivischem" Charakter - soll versucht werden, aus den Ergebnissen der vorangehenden Einzelteile ein Fazit zu erstellen, das Möglichkeiten und Bedingungen einer wirksamen Friedenspolitik aufzeigen könnte.
Insgesamt ist die Schrift - beim jetzigen Stand - konzipiert als Ganzes insofern, als die Einzelteile im Schlußteil noch einmal zusammengefaßt werden sollen. Das ergäbe im besten Falle eine Art programmatischen Ausblick, Reflexionen auf die Verwirklichung gewonnener Erkenntnisse aus den Einzelanalysen.
Da wir uns von vornherein im Klaren sind, über die notwendigen Lücken, wäre zu bedenken, ob dem Buch nicht eine Art Forschungsbericht angefügt werden könnte, in dem Hinweise auf Ansätze, die weitergeführt, vertieft oder erst erarbeitet werden müßten, gegeben werden.
Durch die Umstellung der ursprünglichen Gliederung wird der innere Zusammenhang der einzelnen Teile deutlicher. Der ökonomische und allgemein-gesellschaftliche Komplex gibt Rahmen und Grundlage für die Analysen politischer Probleme. Der "perspektivische" Charakter des Schlußteils könnte im besten Falle zu Ansätzen für eine wirksame und fundierte Friedenspolitik heute führen.

Ursula Schmiederer

Gliederungen der Einzelteile

I Militärische Probleme der Abrüstung

1 Die klassische Militärstrategie

1.1 Strategie und Politik
(Außenpolitik und Strategie; Strategie und Geheimhaltung; Dialektik von Ziel und Mittel)

1.2 Strategische Modelle
(direkte Drohung; indirekter Druck; begrenztes gewaltsames Vorgehen; totaler Kampf ohne direkte Konfrontation der Gegner - Partisanenkrieg - gewaltsamer Konflikt, der auf die militärische Vernichtung des Gegners hinzielt)

1.3 Historische und soziale Bedingungen der verschiedenen Strategien
(Expansionskriege, Emanziapationsbewegung,......)

2 Die Kernwaffenstrategie

2.1 Eigenart der Kernwaffen
(Explosionswirkung, Hitzewirkung, Radioaktivität, Bombentypen

2.2 "Kernwaffenpotential" der Großmächte
(vorhandene Waffen; Trägersysteme; Möglichkeiten zur Produktion von Kernwaffen)

2.3 Kennzeichen und Methoden der Kernwaffen-Strategie
(Strategie der Abschreckung; präventive Zerstörung; präsumptive Zerstörung; Warn- und Abfangsysteme)

2.4 Die offizielle Militärdoktrin der USA und der UdSSR und ihre Wechselwirkung

3 Das Kriegsbild der Zukunft

3.1 Möglichkeiten zur lokalen Begrenzung militärischer Auseinandersetzungen

3.2 "Konventioneller Krieg"

3.3 Zum Problem der Eskalation

3.4 Folgen eines Kernwaffenkrieges
(unmittelbare Wirkungen; Spätfolgen; Möglichkeiten der Wiederbesiedlung!)

4 Die Antwort der Militärpolitiker auf die neue militärische Situation

4.1 Stabilisierung des "atomaren Patt"

4.2 Verbesserung der Warn- und Abfangsysteme

4.3 Luftschutz

4.4 Zivilverteidigung und Planung des Notstandes

4.5 Änderungen in der strategischen Konzeption
(Die indirekte Strategie; Abwehr der indirekten Strategie; abgestufte Strategie; psychologische Kriegsführung; gewaltfreie Verteidigung)

5 Schlußbemerkungen

Anhang zu I (militärische Probleme)

Zur Frage der Zivilverteidigung: hier sollte evt. auch auf die ideologischen Implikationen eingegangen werden, die der Funktion von Luftschutz und Zivilverteidigung anhaften: der Appell an Partikularinteressen nämlich. Da alle nicht gerettet werden können, sollen - durch den Appell an Einzelne - diese die vermeintliche Chance haben zu überleben. Dies bewirkt die Partikularisierung der Interessen und verhindert die Solidarität, die zur Rettung aller notwendig wäre: die Verhinderung des Krieges überhaupt.

Weiter wäre eventuell zu prüfen, ob - ausgehend vom militär-politisch gültigen Konzept - die Waffenproduktion rationell auf die Bedürfnisse eingestellt ist, oder ob unnötige und militärisch-qualitativ und quantitativ - sinnlose Produktion betrieben wird (z.B. daß veraltete Waffentypen weiterhin hergestellt werden, oder daß eine bestimmte Waffengattung in zu großer Menge produziert wird). Die Beantwortung dieser Frage ist relevant für und gibt Aufschlüsse über ökonomische Fragen der Rüstung.

II Rüstung und Abrüstung in der kapitalistischen Wirtschaft

1. Kapitalismus und Rüstung - als Einleitung - Begründung und und Abgrenzung des Themas

2. Rüstung und Wachstum
   Verschiedene Wirkungen der Rüstung auf das Wachstum sind zu unterscheiden. Sie können ansetzen bei den Faktoren, die das Wachstum nach "oben" begrenzen, nämlich:

a) Größe des Kapitalstocks)
b) Zahl der Arbeitskräfte) modifiziert durch Produk-
c) Höhe der Nachfrage) tivität

   Wie wirken Rüstungsmaßnahmen (Rüstungsausgaben, Einberufungen, Einkommenshöhe der Soldaten usw.) auf diese drei Faktoren? Dabei Unterscheidung zwischen kurzfristigen und langfristigen Wirkungen. Konsumgütercharakter der Rüstungsproduktion. Sonderproblem: wie wirken sich die geschaffenen Kapazitäten auf die künftige (ggf. zivile) Produktion aus (produktive vs. "unproduktive Investitionen).
   Aussagefähikeit der durchschnittlichen Investitionsquote?
   Grundsätzlich: Zusammenhang Investition - Produktion. Investition = zukünftiger Konsum (im weitesten Sinne, evtl. synonym mit "Lebensstandard").
   Abschließend zu diskutieren: Kann die Rüstung als Mittel zur (ggf. temporären) Überwindung einer evtl. bestehenden Wachstumskrise des Kapitalismus dienen?

3. Rüstung und Konjunktur
   Das ist ausschließlich eine Frage der Ausnutzung des gegebenen Angebots und damit der Kapazitäten. Wirkung der Gewinne. Unterscheiden zwischen verschiedenen Ausnutzungsgraden im Ausgangsstadium (Deflation vs. Inflation).

4. Rüstung und technischer Fortschritt
   Technischer Fortschritt (erst definieren!) wird durch Forschung usw. ermöglicht. Damit eine Frage der Investitionslenkung. Ist also rein ökonomisch gesehen eine von der Rüstung unabhängige Frage.
   Aber: durch die Rüstung: Lenkung der Investitionen in unproduktive Kanäle ("Fehlinvestitionen" - das ist aber bereits wieder programmatisch.

5. Rüstung und Wirtschaftsordnung
   die Rückwirkungen von Rüstung auf die Wirtschaftsordnung, welche Modifikationen etc.

6. Probleme der Abrüstung

a) Wirtschaftstechnische Möglichkeiten und Maßnahmen der Abrüstung
   Steuersenkungen usw. Verwendung für andere Etatposten; Entwicklungshilfe; Zusammenfassung der Wirkungen auf Wachstum und Konjunktur.
   Inwieweit können vorhandene Kapazitäten genutzt werden?
   Inwieweit können vorhandene Arbeitskräfte genutzt werden?

-bisherige Rüstungsarbeiter - bisherige Soldaten (Sektorenanalysen)

Handelt es sich hier speziell um Probleme des Kapitalismus? Diskussion von wirtschaftstechnischen Maßnahmen, die unter verschiedenen Wirtschaftssystemen möglich sind.

b) Systemimmanente Scranken der Umstellung von Rüstungs- auf "Friedens"-industrie
Grundlegende Voraussetzungen (Planung usw.; Untersuch ung, ob diese Voraussetzungen realistisch sind)
Praktische Maßnahmen zur Überwindung der strukturellen Schwierigkeiten (evtl. Verschiedenheiten in der BRD, USA, Großbritannien)

c) Rüstung und Systemtransformation
(Fragen z.B. der Dezentralisierung innerhalb der Planwirtschaft; bleibt die Rüstung der staatlichen Planung unterstellt, entstehen hier Schranken der Dezentralisierung etc.)

d) Schranken der Abrüstung im sozialistischen Plansystem

III. Gesellschaftliche Probleme der Abrüstung

1. Objektive Strukturtendenzen
- Struktur- und Funktionswandel der Beziehungen von Staat und Gesellschaft; Funktionswandel politischer Interessenrepräsentation gegenüber der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder
- Die Verflechtung von Wirtschaft, Militär und politischem Bereich; Interessenidentität politisch und ökonomisch bestimmender Kreise
- Die Power-Elite (am Beispiel USA); Politische Funktionsübernahme des Militärs; Militarisierung der politischen öffentlichen Sphäre - Einflüsse auf kulturelle und Bildungsbereiche.
- Probleme, die einer demokratischen Gesellschaftsordnung durch diese Machtkonstellationen erstehen:
Erhaltung formaldemokratischer Prinzipien, bei gleichzeitigem Anwachsen autoritärer Strukturen im politischen und gesellschaftlichen Bereich.
Die Bedeutung von Rüstung und militärischer Macht für die Aushöhlung der Demokratie - die Funktion para-militätischer Organisationen (Polizei, Grenzschutz etc.)

2. Das Unvermögen, die atomare Drohung zu begreifen
- "Mit der Bombe leben" - die adäquate Ideologie der kapitalistischen Gesellschaft im Zeitalter atomarer Rüstung
Die Bombe als Gott- oder schicksalsgewollt; die ideologische Gewöhnung ans Desaster durch Verniedlichung der Atomwaffen und ihrer Wirkung (z.B. bei Carl Jaspers, Pascual Jordan etc.)

Psychologische Erklärungen: der Agressionstrieb als Ursache des Krieges im Individuum; Krieg als Naturkonstante
- "Die Antiquiertheit des Menschen" - der cultural lag
Das Problem autoritärer Charakter- und verfestigter Bewußtseinsstrukturen in einer repressiven Gesellschaft - als Schranke des Verständnisses der Drohung; die Freund-Feind-Problematik;

Schwierigkeiten, die einer "Friedensgesellschaft" entstehen durch solcherart verfestigte Strukturen.

Anmerkungen zur Problematik der Verflechtung von politischer und ökonomisch- gesellschaftlicher Macht.

Bestimmendfür die derzeitige Phase der "Konzentration von politischer und ökonomischer Macht "in der monopolkapitalistisch organisierten Gesellschaft der USA scheint eine zugleich unmittelbare und unkontrollierte Verflechtung ökonomischer und politischer Interessen zu sein (s. These 1).
Diese politische Funktionen ausübende Militärs fungieren gleichsam als eine Vermittlungsinstanz im Dienste der Aufrechterhaltung der monopolkapitalistischen Wirtschaftsordnung. Durch die "Symbiose von Industrie und " - dem politischen Bereich zugehörigen"Militärs" verliert der Staat mehr und mehr den Charakter der ihn während der liberalen Phase noch auszuzeichnen schien, nämlich Repräsentanz des Allgemeininteresses zu sein. Er verfolgt unter dem Druck der Militärs, deren objeltiv-gesellschaftliche Interessen mit denen der Industrie weitgehend koinzidieren - vielmehr eine partikulare politische Zielsetzung: die der herrschenden sozio-ökonomischen Schicht der Monopolisten.
Der politische Bereicht hat sich - bei parzieller Identität von Gesellschaft und Staat - gegenüber der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder verselbstständigt. Er ist zugleich autoritärer und weniger autonom geworden als in der liberalen Phase.

Thesen zum Verhältnis gesellschaftlicher und militärischer Macht

---

1.Waren die Militärs in der liberalen Phase der amerikanischen Gesellschaft den politischen Instanzen zahlen- und machtmäßig eindeutig untergeordnet, so sind sie gegenwärtig bestimmendes Element in der Powerelite, die sich konstituiert aus politischen Führern, Vertretern der Großindustrie und hohen Generalen. Diese Verschiebung der Machtverhältnisse, die wohl für Amerika, vielleicht auch für England (weniger für Deutschland, wo das Militär schon immer eine dominante Funktion hatte) charakteristisch ist, ist durch viele Faktoren bestimmt.

2. Zunächst ist zu nennen die Konzentration von politischer und ökonomischer Macht im monopolkapitalistischen Staat. Zur Sicherung dieser Macht und zur Expansion in Machtvacua, die durch das System unvermeidlich hervorgerufen wird, bedarf dieser Staat der militärischen Unterstützung.

3.Aus der objektiven Interessenkoincidenz ergibt sich so die Herrschaft monopolkapitalistischer Formen und der Vorrang des Militärs. An der Rüstung wird in enormen Maße verdient , wie umgekehrt die Bestrebungen zu politischer und militärischer Einflußnahme auf andere Staaten und Völker die Existenz des aufgeblähten Militärapparats legitimiert. Zu beachten ist jedoch bei der Symbiose von Industrie und Militär, daß letzteres nicht einfach als Instrument in der Hand der Wirtschaftspolitik angesehen werden darf, zuweilen ist die unmittelbare Beziehung zur Industrie abgeschnitten, es hat sich zu einem Selbstzweck verselbstständigt, jedoch gerade mit der objektiven Funktion, das von ihm scheinbar unabhängige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu erhalten.
4.Mills beobachtet den Zusammenhang von wirtschaftlichen Krisen und einer versteiften Haltung der Militärs einerseits und von außenpolitischen Gefahrenmomenten und wirtschaftlichen Haussen' andererseits. Gegenwärtig scheint es in Amerika so zu sein, daß in Krisensituationen, gleichviel welchen Ursprungs sie sind, sowohl Industrie wie auch Militärs darauf drängen, die Rüstung zu forcieren. Die angeheizte Rüstungspriduktion hilft beiden aus der Schlappe, freilich um auf diese Weise

den Grundstein zur nächsten Erschütterung zu legen. Nicht immer sind die Interdependenzen zwischen wirtschaftlicher und militärischer Macht so deutlich ausgeprägt, vielfach vermitteln die politischen Instanzen. Jedoch erscheintes Mills bemerkenswert, daß man sich in Krisensituationen gegenwärtig in Amerika nicht auf die bewährten Maßnahmen des sich selbst vermittelnden, organisierten Kapitalismus (Preissenkung, Steuersenkung- zwecks Kaufkrafterhöhung, deficit spending - Bauten der öffentliche Hand etc.) besinnt, sondern recht unverhüllt zur verstärkten Rüstungsproduktion schreitet. Dies - so Mills, Cook u. a. - gehe auf die im II. Weltkrieg errungen Machtposition des Militärs zurück.

5.Da jedoch die erhöhten Rüstungsausgaben - gerade für die moderne Rüstungsindustrie - nur einer relativ kleinen Schicht von Beschäftigten zusätzlich zugute kommen, kurbelt diese wirtschafts- und militärpolitische Maßnahme die Wirtschaft nicht allzusehr an. Ein anderer Ausweg ist der, Kapitalgüter, Dienste etc. zu exportieren. Für die Effektivivität und den Schutz dieser wirtschaftlichen Aktionen sorgen die überall schnell auftauchenden Marineeinheiten (etwa Libanonlandung!).

6.Dem Austieg des Militärs entspricht das Versagen der Berufspolitiker und Diplomaten! Diese können die durch den II. Weltkrieg hervorgerufene Weltlage (Aufgabe des Isolationismus der Weltmacht USA, Nähe der SU, veränderte Bedeutung des Krieges durch die A-Bombe, komplizierte militärische Zusammenhänge etc.) nicht mehr adäquat erfassen. So ist jedenfalls ihr und das Urteil des Militärs. Wie in der hochgradig arbeitsteiligen positiven Wissenschaft das Feld jeweils den kompetenten Kräften überlassen wird, haben sich die zivilen Politiker aus der von Militär und Technik beherrschten Welt als Unsachverständige zurückgezogen. Der Aufstieg der Militärkaste - so hebt Mills ausdrücklich hervor - entsprang also nicht oder nicht nur einer Machtgier, gar einem Komplott der Militärs, sondern in hohem Maße dem Versagen der Zivilisten, die die Generale in zunehmendem Maße als Sachverständige beriefen und explizit politische Maßnahmen und Entscheidungen - oft gegen den Willen der gehorsamsgewohnten Kriegsherren - in deren Hände übergehen liessen.

7.Der Typus des Militärs, Techniker und Bürokrat der Macht, der gehorchen kann und schnelle Entscheidungen zu treffen vermag, **der nicht** nach politischen Zielen fragt, sondern eine vorgegebene Aufgabe im Rahmen der Zweck-Mittel-Ökonomie technisch zu bewältigen sucht, der Mann, der der keine politische Phantasie für ferne, dennoch reale Möglichkeiten entwickelt, scheint genau der zu sein, der in der gegenwärtigen Machtelite eine dominierende Rolle einnimmt. Nur er hat Sinn für die '**Realität**' , die die seine ist; deren Ursache und Folge er ist.

8.Die Herkunft der hohen Militärs ist recht verschieden; (daher wird die militärische Laufbahn häufig als Aufstiegskanal benutzt) im allgemeinen überwiegt jedoch die Zahl derer, die sich aus der uppermiddle class rekrutieren (Beamte, Advokaten, hohe Angestellte etc.).

9.Neben der objektiven Interessenkoinzidenz von Industrie und Militär ist die subjektiv-spychologische Konformität ihrer Repräsentanten bemerkenswert. Die Erziehung und Prägung des erfolgreichen Repräsentanten der Powerelite ist ähnlich. Daher vermögen die hohen Militärs ebensogut in der Wirtschaft zu fungieren wie umgekehrt hohe Wirtschaftsführer militärische Aufgaben übernehmen können (Mc Namara). Die Fluktuation militärischer Vertreter nach ihrer Pensionierung in hohe Wirtschaftsfunktionen ist besonders auffallend.

1o.Der Politisierung des Militärs entspricht eine Militarisierung der politischen und öffentlichen Sphäre. Das Gesetz über ein 'Universal Military Training' konnte 1948 gerade noch abgewehrt werden. Dennoch greift die Beeinflussung der Öffentlichkeit durch die zahllosen Militärorganisationen-und argenturen immer mehr um sich.

> "The army of the citizen is now within a disciplined organisation under firmly centralized control and the means of suppressing illegitimate violence have increased. As a result, those outside, the military ruling circles are helpless militarily. Yet, at the same time, virtually the entire population is involved in war, as a soldier or as civilians-which means that they are disciplined in a hierarchy at whose head there sit the warlords of Washington." (Power elite, p. 189)

Durch die riesigen Etatmittel haben die Militärs nicht nur Einfluß auf die Politik und Wirtschaft, sondern ebenso auf die Bereiche der Erziehung, der Wissenschaft (Zahlreiche Institute werden von ihnen unterhalten) und der Religion. Cook weist sogar eindeutige Beziehungen zu rechtsradikalen Organisationen, etwa der John Birch Society nach.

11.Um die Macht der Militärs entscheidend zu brechen, müßte die der Powerelite selbst beschnitten werden. Das ist aber nur möglich durch Änderung der privatwirtschaftlichen, monopolkapitalistischen Verhältnisse, durch Dezentralisierung und wirksame Kontrolle der politischen Gewalt, durch materiale, den Erfordernissen der hochindustrialisierten Gesellschaft Rechnung tragende demokratische Formen.

Objektive Daten zu den Thesen

1.Für den Aufstieg der Militärs in diplomatische Ämter siehe: Mills, Powerelite, p. 2o3 ff.
2.Zur Militarisierung der Wissenschaft:
The National Science Foundatic gibt 2 Mrd. $ aus (Budget 1955). Davon sind nur 6% für Grundlagenforschung und 85% für Militärtechnologie vorgesehen. (Mills a.a.O. p. 217)
3.Zur Konzentration ökonomischer Macht:"In den vier Jahren nach 194o wurden den Privatunternehmen primäre Lieferverträge - die Schlüssel zur Beherrschung der Produktionsmittel des Landes - im Werte von etwa 175 Millionen Dollar gegeben. Natürlicherweise erhielten davon die hundert Spitzenfirmen zwei Drittel - ja, fast ein Drittel fiel zehn privaten Konzernen zu. (Mills: 'Politik ohne Verantwortung'p. 63 vgl. dazu auch Berle, A.A. u. Means G.C. : 'The Modern Corporation and Private Property' N.Y. 1932.
4.Das Eigentum des Defense Department wird auf $ 16o Mrd. geschätzt. In den 8 Jahren Eisenhower-Regierung wurden $ 35o Mrd. für Verteidigung ausgegeben. Das Kennedy-Wehrbudget für 1962 betrug $ 52,7 Mrd. Dollar. Mit dem Raumprogramm und der Auslandshilfe macht er 63% des Gesmtetats von $ 92,5 Mrd. aus.
5.Zur Verflechtung von Militär und Großindustrie : 86,4 % der Lieferverträge der 21 Mrd. $ fielen ohne jegliche Konkurrenz einigen wenigen Gesellschaften zu. Das Herbert "investigating committee of the House of Representatives" fand heraus, daß 14oo der pensionierten Offiziere (vom Major aufwärts), in jenen Spitzenfirmen beschäftigt wurden (als Spezialisten!), die drei Viertel der Lieferaufträge bekommen hatten. Die Gesellschaft, die die dicksten Aufträge bekam, beschäftigte -coincidentally, no doubt- die größte Anzahl von Offizieren: General Dynamics, 187 ehemalige Offiziere, darunter 27 Generale und Admirale, geführt von Frank Pace, früherer Verteidigungsminister.

6.Zum Umfang des Militärapparats in den USA: Die Militärvermögensposten betragen dreimal soviel wie die der United States Steel, American Telegraph & Telephone, Metropolitan Life Insurance Company, General Motors und Standard Oil Company of New Jersey zusammengenommen, Das Defense Department veschäftigt 3,5 Millionen direkt; Jahresgehälter: $ 12 Mrd. Dazu kommen schätzungsweise 4 Mill, Personen die direkt in der Verteidigungsindustrie tätig sind. D. h. 7,5 Mill. Amerikaner hängen direkt von der Verteidigungsindustrie ab, fast ein Zehntel der gesamten nationalen Arbeitskraft. Indirekt hängen noch mehr Personen von den Militäranstrengungen ab. "In the nation as a whole, authorities estimate that between one-quarter and one-third of all economic activity hinges upon military spending and that, with further boosts in the military budget, this figure may reach a staggering 5o %." (Cook, Warefare State, p. 23, alle Angaben von Punkt 4. an sind aus Cook p. 2o ff.)
"Unter diesen Umständen wird das Selbstinteresse in Militärausgaben zur nationalen Krankheit. Unter diesen Umständen fühlt jeder Lebensmittelladen, jede Tankstelle, daß für sie beim "Kriegsrüsten" etwas auf dem Spiel steht. Unter diesen Umständen ruft jegliche Herabsetzung - sich manifestierend als Rückschlag - Schreie des Protestes von Seiten der Arbeiter hervor, die ihren Job zu verlieren haben,(sie streiken bei Verminderung der Militärausgaben! siehe dazu H. Marcuse:'One-demansional Man?' London, 1964), ferner von Seiten der größten Anzahl der Geschäfte, die um ihren Profit bangen, von Seiten der Politiker, die um ihre Stimmen fürchten. Das ist das Gesicht des Warfare State." (Cook, a.a.O. p. 24)

7.Kosten des militärischen Propagandaapparats jährlich etwa :$ 3o Mill. für Filme, Public Relations, Zeitschriften, Photographic Publicity, TV Stations etc. (Cook, p. 95).

<u>Ausgewählte Literaturhinweise</u>

Allen, J.S. "Atomic Imperialism", New York, 1952

Andrzejewski, Stanislaus "Military Organisation and Society", London 1954 eine vornehmlich historisch gehaltene, theoretisch gute Arbeit über Armee und Militarismus)

Blair, J. "Economic concentration and world war II", Washington US Goverment Printing Office, 1946

Brown, B.E. "The Army and the Politics in France" in:J.Polit. 1961, 23, 2 May 262-278 (B. untersucht die Einflußnahme der Armee auf die fränzösische Algerienpolitik)

Carr, A.R.M. "Spain:Rule by Generals", in: Micheal Howard, ed., Soldiers and Goverment, Nine Studies in Civil-Military Relations, London 1957

Catton, Bruce "The Warlords of Washington", New York 1948 (bes. für Einzelheiten über die Koinzidenz militärischer und ökonomischer Interessen)

Cline, R.S. "The War Department", Vol. III: Washington Command Post: The Operations Divisions, Washington, Dept. of the Army, 1954 (Details über den Aufstieg des Militärs)

Cook, Fred J. "The Warfare State", New York, London 1962 Neben der für die Abrüstungsproblematik grundsätzlichen Bedeutung dieses Buches ist die an Mills erinnernde Analyse der politischen Tendenzen und der Militärischen Macht hervorzuheben. Die zwei Grundvoraussetzungen der amerikanischen Politik 1. Sicherheit nur durch Macht, 2. Prosperität durch riesige Militärausgaben, erweist C. als Illusionen. Wichtige Zahlen über

die Höhe des amerik. Wehretats und dessen Verwendung in den zum großen Teil konzernartig organisierten Rüstungszweigen. Militarisierung und Faschisierung der USA von vielen Seiten angegangen: Aufstieg der Militärs im 2 WK., Beharrungsvermögen am Ende des Krieges trotz Fortfall der Legitimationsgrundlage, Umfunktionierung der Ideologie u. Pol. vornehmlich durch sie auf Kalten Krieg, Analyse des Propagandaapparats des Militärs und dessen Einfluß auf wiss. Forschungsinstitute, die in großer Zahl von ihnen oder Großindustriellen unterhalten werden, verhängnisvoller Einfluß der Militärs auf die Abrüstungsverh. 1955,58, 59, Beziehungen und Fluktuation Industrie-Militär, Verbindungen militärischer Stellen zur radikalen Rechten u. ein Kapitel über die zum Warfare State hinzugehörige psychologische Vorbereitung auf den Atomkrieg.)

Coser, Lewis A. "The dysfunction of Military Secrecy", Soc. Prob. 1963, 11,1 Sum, 13-21 (C. untersucht die Problematik der milit. Geheimhaltung u. die Gefahr d. pol. Entmündigung

Dawson, J.J. "The militarization of American economic relations" in: Science and Society, Sommer 1955

Ekirch, Arthur "The Civilian and the Military", New York 1956 (über antimilitärisches Denken in den USA)

Finer, S.E. "The Man on Horseback, The Role of the Military in Politics", New York 1962

Fox, W.T.R. "Representativness und Efficiency , Dual Problem of civilmilitary relations", in: Politics Sci. Quart. 1961, 26,3, Sep. 354-366. F. untersucht die um der "Effektivität", der "nat. Sicherheit" auf die Weltpolitik ausgeübten militärischen Zwänge)

Grossin, W. "Les conditions sociales de la strategie", in: Cahier Int. Sociol. 1963,34,69-98 (Analysiert die Quelle moralischer Kräfte zur Verteidigungsbereitschaft im modernen Staat. Stellt Identifikation der Landesverteidigung mit der Verteidigung pers. Freiheitsrechte, ferner Identifikation von dem Interesse der Armee mit dem der Nation fest. Bedeutsam für das Verhältnis d. modernen Gesell. zum Militär.)

Holst, J.J. "Militaer Makt og Untertrikenspolitikk"(milit. Macht und Außenpolitik) Int. Pol. Bergen 1962, 165-191

Horowitz, I.L. "Non economic Factors in the institutionalizations of the cold war", in: A. Amer. Acad. Polt. Soc. Sci. 1964 351 Jan. 11o-12o.

Howard, Micheal ed. Soldiers and Goverment "Nine Studies in Civil-Military Relations", London 1957

Huntington, S. "The Soldier and the State; the Theory and Politics of Civil-Military Relations", Cambridge, Mass. 1957

Jackson, Ray "Aspects of American Militarism", in: Contempory Issues Summer 1948 19 ff.

Janowitz, Morris "The professional Soldier, A Social and Political Portrait" Glencoe, Ill. 196o

Matloff, & Snell "The War Department", Vol II Strategic Planning for Coalition Warfare 1941-42, Dept. of the Army, Washington 1953 (zum Aufstieg des Militärs)

Millis, Walter "Arms and Men; a Study of American Military History", New York, 1956

Mills, C.Wright "The Power Elite", New York 1959; bes. Kap. 8,9,12
"Politik ohne Verantwortung"(eng. The causes of world War III), München 1963, Kindler-Verlag, Taschenbuch, "Power, Politics and People", collected essays of C.W. Mills ed. by I.L. Horowitz, New York 1963, (Mills analysiert die enge Verflechtung des Militärs mit der gesell. Macht in den USA. Den durch den II. WK, das auf früherer Isolationspo. beruhende dipl-pol. Vakuum, die Technisierung u. Bürokratisierung des Staates und der Wirtschaft bedingten Aufstieg des Militärs verfolgt Mills genau. Durch die Richtungs- u. Ziellosigkeit der professionellen Pol. wird der Militärapparat und die aus seiner Existenz sich herleitende Pol. zum mörderischen Selbstzweck. M. bringt emp. Material über den Einfluß der Militärs in der Wirtschaft (und umgekehrt!), in der Politik, der Erziehung, der Wissenschaft und der Religion. Die in der permanenten Kriegswirtschaft sich manifes tierende Interessenkoincidenz von Militär und Wirtschaft arbeitet er vor allem in"Pol. ohne Verantwortung" p. 61 ff. scharf heraus. Trotz der Mängel im theoret. Ansatz u. den daraus resultierenden etwas schiefen Deutungen - etwa der objektiven Funktion des Militärs in der kap. Gesellschaft - sind die Beiträge von M. für diese Problematik von zentraler Bedeutung.)

Swomly jr., J.M. "The Growing Power of the Military", in: The Progressive, January, 1959

" " "Militarism in Education", Washington, D.C.:National Council Against Conscription, Feb. 195o

Vagts, Alfred "A History of Militarism", New York 1959

P.S.
Millis, Walter "Arms and the State, Twentieth century", New York 1958

Perlo, Victor "Militarism and Industry", 1965 (New York?)

IV Politische Probleme der Abrüstung

1. Der Kalte Krieg
- Gründe seiner Entstehung; seine Entwicklung - die beiden Machtblöcke; die Internationalisierung des Klassenkampfes; die machtpolitischen und ideologischen Funktonen in den internationalen Beziehungen (Anti-Kommunismus).
- Abrüstungsverhandlungen in der Phase des Kalten Krieges - Gründe ihres Scheiterns (vom Baruch-Plan zur Genfer Gipfelkonferenz).

2. Koexistenz als Prinzip internationaler Beziehungen
- die Bedeutung der Koexistenz für die kapitalistischen Länder; Anerkennung sozialistischer Gesellschaftssysteme; Relativierung des Anti-Kommunismus;
- Vorläufer der Koexistenzpolitik: Volksfrontpolitik, Nichtangriffspakte etc - als Prinzipien der Außenpolitik der Sowjetunion,
- DieDefinition von Koexistenz im sozialistischen Sinne - theoretische Implikationen (Frage des Klassenkampfes, Zusammenbruchstheorien etc.) Die Problematik der Rückverlagerung des internationalen Klassenkampfes in die kapitalistischen Länder; die Bedeutung der Koexistenzpolitik der Sowjetunion für die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern; das Prinzip der "Nicht-Einmischung";
- Polyzentristische Tendenzen und Koexistenzpolitik; die Aufweichung der Machtblöcke (Annäherung osteuropäischer Staaten an westliche Wirtschaftszusammenschlüsse, z.B. GATT etc. ; De Gaulle und Frankreichs Politik; Krupp in Polen etc.).
- Die Rolle der Entwicklungsländer in der Koexistenzperiode; Annäherung von USA und Sowjetunion; Zusammenrücken der industrialisierten Länder; die Verlagerung des Klassenkampfes: arme und reiche Länder; Fragen der Entwicklungshilfe - Rüstungs- oder Industrialisierungshilfe; die neuen Nationalismen der Entwicklungsländer und ihre Funktion (China Atombombe etc.).
- Die Bedeutung der UNO in der Entwicklung der Koexistenzpolitik als moralische Pressionsinstanz gegenüber den "Großen"; als politische Plattform für die Entwicklungsländer und die Blockfreien.

3. Abrüstungsverhandlungen in der Koexistenzphase
- Die Genfer Zehn-Mächte Abrüstungskonferenz; das Teststop-Abkommen; "heißer Draht" etc. die Rolle Frankreichs und Chinas als Atommächte.

4. Probleme einer regionalen Abrüstung in Europa
- die Wirtschafts- und Militärblöcke in Europa; Wirkungen der wirtschaftlichen Verflechtungen auf den politischen und militärischen Zusammenhalt.
- "Entspannung in Europa" - Bedeutung des Disengagements; Disengagementpläne (Rapacki, Labour, Undén etc.); Rüstungsbegrenzungen, Einfrieren von Atomwaffen, die Politik der kleinen Schritte; Chancen der Verwirklichung der Entspannungspläne.

5. Die Abrüstungspolitik der Bundesregierung
- das Interesse an der Verminderung von Spannungen in Europa; Vorstellungen zur europäischen Entspannung; der Stellenwert der beiden Deutschländer in den Abrüstungs- und Entspannungsvorstellungen der BRD; Wiedervereinigung; und Disengagement.

V. Friedensbewegungen

1. Der Pazifismus religiöser Prägung
- seine Entwicklung, seine Ideologie, seine politische Bedeutung

2. Die bürgerlichen Friedensbewegungen
- die historische Entwicklung des Friedensgedankens; seine Berührunspunkte mit Etappen der kapitalistischen Entwicklung; (Weltfriedensordnung von Bodin bis Kant - die Entwicklung des Freihandels etc.) Völkerrechtskodifikationen im 19. Jahrhundert.

Friedensbewegungen im imperialistischen Zeitalter (Verurteilung des Krieges; Kolonialismus und Friedensbestrebungen).
Nach dem 1. Weltkrieg: Völkerbund, Paneuropa-Bewegung; Briand-Kellog-Pakt, Wilson etc.
Atlantik-Charta, UNO-Deklarationen; anti-kommunistische Wendung der"Friedens"bestrebungen;
neue Vorstellungen einer Weltordnung nach dem 2.Weltkrieg: die UNO als Weltparlament, Weltregierung, Weltrecht etc. - die ideologischen Gehalte solcher Vorstellungen.

3. Friedensbestrebungen und Konzeptionen i. d.Arbeiterbewegung
- der Anti-Militarismus in der 1. und 2. Internationale bis 1914; Vorstellungen über Rüstung und Heer (stehendes Heer, Wehrpflicht, Milizvorstellungen etc.)

- Die Spaltung der sozialistischen Friedensbewegungen in
  a) die kommunistische "Weltfriedensbewegung",
  -Programme, Politik, Verhältnis zur Sowjetunion etc.
  b) sozialdemokratische und gewerkschaftliche Friedensbestreb ungen

- Ansätze nach dem 2. Weltkrieg: Labour bis zur CND; Wiederbewaffnungsfrage in der BRD, Paulkirche, "Kampf dem Atomtod".

- Ansätze gewerkschaftlicher Politik als Friedenspolitik z. B. in der Bildungs- und Sozialpolitik;
  die allgemein-gesellschaftliche Relevanz gewerkschaftlicher Politik; Widersprüchlichkeit solcher Politik (z.B. progressive Sozial- und Bildungspolitik, kombiniert mit Anti-Kommunismus etc.)
- die Interdependenz von sozialem Fortschritt und Friedenspolitik.

4. Ostermarsch und Anti-Atom-Kampagne
Vorstellungen und Politik
Analyse der Programme einiger Kampagnen, z.B. in:
Skandinavien, Großbritannien und der BRD.

Religiöser Pazifismus

I. M. Niemöller, "Gibt es einen christlichen P.?"

Zwar muß die Kirche "die Obrigkeit vor dem Krieg als einem Mittel der Politik warnen u. muß die Anwendung von Gewalt unter Menschen als unchristlich ablehnen", doch muß sich der christl. Pazifismus hüten, ein Programm in den Mittelpunkt zu stellen. Friede nicht höchstes Gut. Gehorsam wichtig!

II. Wesentliche Punkte der historischen Friedenskirchen:

1. Geschichte:
- Friedensgedanke der Propheten
- Bergpredigt
- Christentum wurde Staatsreligion, verlor pazifistischen Charakter. Völkerwanderung. Krieg gegen Ungläubige. "Heiliger Krieg der Kirche gegen Heiligen Krieg des Islam".
- 30-jähriger Krieg. Herzog von Sully fordert Religionsfreiheit u. Beendigung der europ. Konflikte.

2. Organisationen:
- Mitte des 17. Jh. George Fox, Barclay - Quäker W.Penn u. John Bellers.
  Quäker vor allem in England und Amerika.
  Periodisch zusammentretender europ. Kongreß als beratende Körperschaft in pol. Fragen u. Schiedshof in Rechtsstreitigkeiten. "Souveräne Liga dieses Staatenbundes". Europabund. Friede keine ausschließlich politische, sondern sittliche Forderung, verwurzelt in christl. Religion u. Ethik.
- Mennoniten u. a. religiöse Gemeinschaften
- christl. Bruderschaften der evang. Kirche (Niemöller, Gollwitzer, Vogel etc.)

III. Programm und Konzept fehlt. Wichtig ist die moralische Vollkommenheit des Einzelnen, für den ethische Motive entscheidend sind. Gelten sie absolut (absolute Einhaltung des 5. Gebotes), sind ihnen die Folgen ihrer Haltung gleichgültig, zumindest zweitrangig. Das gleiche gilt für die politischen Konsequenzen, die sie aus ihrer ethischen Haltung zu ziehen hätten. Ihre Motivation ist nicht auf politische Wirksamkeit gerichtet (gewisse Einschränkung: Quäker, Niemöller).

Bürgerlicher Pazifismus

I. Weltfrieden als Ziel durch
a) Begründung eines Weltreichs
b) Organisationen auf völkerrechtlicher oder überstaatlicher Grundlage

1. Weltstaatsgedanke u. Friedensidee u. -politik von Alexander d. Großen (um 350 v. Ch.) bis zum Zerfall des römischen Weltreichs.
2. Zwischen Antike u. Mittelalter Gottesstaat als vorgezeichnete Weltordnung. Papst = Oberhaupt. Krieg religiöse Pflicht.
3. Im Mittelalter weltl.u. geistl. Macht im Kampf um christl. Weltreich.
   Thomas von Aquino (1224-1274)
   Dante (1318 "De monarchia")
4. Seit Ausgang des 13. Jahrhunderts Wandlung zum säkularstaatl. Denken.
   Pierre Dubois (1250-1321) für föderativen Zusammenschluß der christl. Staaten auf politischer Grundlage.

"Friedensbund"- Gedanke. Ständiger Gerichtshof, gemeinsame Regelung der Fragen u. Streitigkeiten der kathol. Fürsten auf Konzilen, die Papst einberuft.
Georg von Podebrad (1440-1471)
Erasmus v. Rotterdam (1466-1536)
Diese "Friedensbund"-Idee zerstört durch Glaubensspaltung.

5. Jean Bodin (1530-1596)
Ihm schienen Erfindung der Buchdruckerkunst, Entfaltung des Handels, Entdeckung Amerikas Vorboten einer Friedensordnung, in der Menschen wie "Bürger einer Stadt" leben.

6. Weltorganisations-Idee von
Emeric Crucé (de la Croix) (1590-1648).
Herzog von Sully (1590-1648)
Hugo Grotius (1583-1645)
Samuel Pufendorf (1632-1694)
Samuel Rachel (1628-1691)
Freihandel als Sicherung des Friedens, weil er Staaten verbindet u. abhängig macht.
Völkerrechtl. Beiträge zum Friedenssicherungsgedanken.

7. Heilige Allianz (1815) v. Alexander von Rußland angeregt, diente nicht mehr der Entwicklung des Friedensgedankens, sondern diente zur Sicherung der dynastischen Interessen europ. Fürsten.

8. Nach Wiener Kongreß 1818 aber entstanden bedeutende Friedensorganisationen.
- William Allen u. Price gründeten die heutig engl. "Peace Society" 1816
- William Ladd "American Peace Society" 1828, Zusammenfassung von 50 amerik. Friednsorganisationen
- Graf Sellon in Genf 1830 "Societé de la paix"
- in Frankreich 1841 "Comité de la paix"
- 1. internationaler Friedenskongreß unter Beteiligung der meisten Länder, in denen Friedensgesellschaften bestanden 1848 in Brüssel unter Victor Hugo. Vorstellung: Vereinigte Staaten von Europa. Behandelt wurden Fragen der Völkerrechtskodifikation, der Schiedsgerichtsbarkeit u. Abrüstung.
- 1850 3. intern. Friedenskongreß in Ffm. Abschaffung stehender Heere, keine Staatsanleihen zu Kriegszwecken, Nichteinmischung eines völkerrchtl. Status f. intern. Beziehungen.

Damit bekam in Europa das religiös-ethisch-dynastisch gefärbte Friedensstreben konkret politisch-wirtschaftlichen Charakter (in seinen Motiven). Gefördert durch Welthandel (liberales Denken) u. Ausdehnung des Weltverkehrs.
(Gefahr des Zusammenstoßes der Nationalinteressen im kolonialen Raum. Frieden sichert Kolonialausdehnung,-ausbeutung, -handel).
Friedrich List (1789-1846)
John Stuart Mill (1806-1873)
- 1856 auf Pariser Friedenskonferenz (Ende des Krimkriegs) zum 1. Mal offizielle Verurteilung des Krieges, [illegible] zwischen zivilisierten Staaten.
- 1864 Genfer Bestimmungen zur Humanisierung des Krieges, jährlich abgehaltene Weltfriedenskongresse ab 1889
- Gründung neuer Friedensgesellschaften von Suttner u. Fried. 1891/1892 (1899 "Die Friedenswarte".

- 1899 1. Haager Friedenskonferenz auf Bestreben von Zar Nikolaus II.
  Nobel stiftet "Friedens-Nobel-Preis".
  Andrew Carnergie (1835-1919) Stiftung zur Errichtung der "Internationalen Völkerrechtsakademie in Haag".

"Durch die Anerkennung des Schiedsgerichtsgedankens im Haag trat an die Stelle die in der Antike und Mittelalter entwickelten Idee von einem Weltstaat u. des alsdann, gewissermaßen nur als Hilfsmittel zur Friedensbewahrung angewendeten politischen Prinzips eines Gleichgewichts der Mächte der Versuch, eine internationale Friedensordnung auf das Recht zu gründen,"

9. Kriegsmüdigkeit nach dem 1. Weltkrieg.
   1918 14 Punkte von W i l s o n als Grundlage einer künftigen Friedensordnung. Völkerbund
   Ausmerzung von Geheimklauseln aus Friedensverträgen
   Abrüstung u. Schaffung einer "allgemeinen Vereinigung der Nationen", Selbstbestimmungsrecht der Völker (Verträge über Friedensschluß u. Kriege sollten nicht mehr die Ursache für neue Kriege in sich bergen).
   intern. Rechtsordnung als Friedens- u. Freiheitssicherung.
10. Zur Verhinderung des Zweiten Weltkrieges 1923 Paneuropabewegung, Ziel - Vereinigte Staaten von Europa. Versöhnung mit Frankreich, Europ. Zollverein zur Hebung des allgem. Lebensstandards, Schutz vor Invasion aus Osten Defensivbündnis (paneuropäisches).
    Ziel ist: "vereinigte Staaten von Europa nach Vorbild der USA. Jede der Nationen eigener Nationalstaat - frei nach innen, aber geeint nach außen.
    Die nicht-bolschewistische Welt arbeitet eng zusammen mit Völkerbund.
11. 1928 Briand-Kellogg-Pakt zur Ächtung des Krieges als Instrument der Politik.
12. 1933 Pazifismus verboten. Spaltung. (Schicksal des Pazifismus im Nazideutschland)
13. Vor Eintritt Amerikas in Krieg Roosevelt u. Churchill 1941 8 Grundsätze der Atlantik-Charta.
    - Abrüstung
    - Verzicht auf Gewaltanwendung
    - erster wirtschaftl. Ausgleich zw. Staaten, Vorstufe für dauerhaftes System der internationalen Ordnung. "Vereinigte Nationen".
    UN-Satzung Juni 1945. Ersetzte auch formell den aufgelösten Völkerbund.
14. Coudenhove-Kalergi nach 2. Weltkrieg Plan einer europäischen Föderation.
    1947 "Koordinierungsausschuß der Bewegungen für die Einheit Europas". (Präsident Chuchill)
    1949 Gründung des Straßburger Europa-Rates.

Die neue Politik betrachtet als Hauptaufgabe weniger Sicherung des Weltfriedens als Abwehr des Sowjet-Imperialismus und Befreiung der unterdrückten Nationen Osteuropas. Unterstützung durch USA mit Marshall-Plan.
So bildet Europa Rat einen Teil des anti-bolschewistischen Bündnis-Systems unter Führung Amerikas.

15. UN-Wirksamkeit gehemmt durch ideolog. und pol. Gegensätze zwischen Ost und West.

II.

II. (Alfred Fried) "Nicht den Lauf der Dinge haben wir zu ändern, wir haben ihn bloß zu erklären, die Richtung der Geschehnisse aufzudecken." (39)

1. Förderung all der Faktoren , die der Entwicklung des Organisationsprozessen der Menschheit zugutekommen.
- Kleine Gruppen am Krieg interessiert. Ihr Wille wird der Mehrheit aufgedrängt. Wirksames Vorgehen durch
- Immunisierung der Masse,
- höhere Volksbildung
- Völkerbekanntschaft
- Austausch von Berufsangehörigen
- Sicherheitseinrichtungen
- internationale Abmachungen
- Schlichtungsinstitutionen
- Kontrollinstitutionen
- Förderung d. Verkehrs
- Anpassung d. Rechts
- Anpassung d. Politik an das Recht etc.

Wesentlich ist nicht mehr Verbrüderung u. Herrschaft der Liebe, sondern Vernunft.
Grundlage der Weltorganisationen bildet die Entwicklung der Technik. Abhängigkeit untereinander ist wichtig zur Friedenssicherung.

2. Wollen die Organisationen der menschlichen Gesellschaft auf der Erde durch Assoziierung der bestehenden Nationen und Staaten rationalisieren und damit Konflikte zwischen den Staaten institutionalisieren. Ziel: Alle Nationen umfassende Nationen unter Schiedsgerichtshof etc. Gewalt soll nicht aufgehoben werden, sondern reguliert werden. Internationale, Allgemeingültige Ordnung. Förderung dieses Organisationsprozesses.
Förderung dies
Im Mittelpunkt des bürgerlichenPazifismus stehen also nicht mehr ethische Normen und die moralische Vollkommenheit, sondern die alles regulierende Vernunft; an sie muß appelliert werden. Nicht Neuordnung der Gesellschaft wird gefordert, sondern man will durch ökonomische Abhängigkeit der Nationen die Notwendigkeit des Friedens ableiten.

VI. Perspektiven einer Friedenspolitik

- die Rolle der Rüstung im organisierten Kapitalismus (konsumhemmend; Auffangmittel ökonomischer Krisenerscheinungen etc.)
- die Verflechtung von Staat und Gesellschaft, Rolle des Staates als Investitionsfaktor, Verteilung des Staatsbudgets
- in der Periode des Kalten Krieges: Internationalisierung des Klassenkampfes; in der Entspannungsperiode: Widersprüchlichkeit des Kapitalismus wird zurückverlagert in die einzelnen Länder
- die Entwicklungsländer; Fragen der Entwicklungshilfe als Rüstungs- oder Investitions- und Industrialisierungshilfe; der Nationalismus der Entwicklungsländer

  Friedenspolitik der Gewerkschaften

- Funktion gewerkschaftlicher Politik; in Konjunkturzeiten Verteuerung der Arbeitskraft; Rationalisierung des Kapitalismus zwingt zu technischem Fortschritt; gleichzeitig Drängen des Kapitalismus an seine Grenzen

  Zusammenhang von sozialem Fortschritt und Friedenspolitik; gesamtgesellschaftliche Relevanz gewerkschaftlicher Betriebspolitik (Vermögensbildung und Rüstungspolitik; konsequente Sozialpolitik wirkt gegen Ausweitung der Rüstung, fördert Entspannungspolitik)

- Partial- und Allgemeininteressen
  Streik in der englischen Rüstungsindustrie; Kleinaktienbesitz, Zivilschutz etc. - als Beispiel für Vertretung von Partialinteressen ohne Bezug zum Allgemeininteresse und ohne Solidarität mit der Gesamtgesellschaft; Anspruch auf Vertretung der allgemeinen gesellschaftlichen Interessen als Voraussetzung jeder Friedenspolitik

- Fragen der Machteroberung - politische Effektivität der Friedenspolitik

Allgemeine Bedingungen sozialer Friedenspolitik

Die klassische Rolle der Gewerkschaften im Kapitalismus besteht darin, daß sie - in der Periode aufsteigender Konjunktur - die Arbeitskraft verteuern und damit nicht nur den Lebensstandard der Arbeiter verbessern, sondern auch auf die Kapitalisten einwirken, die Produktion zu mechanisieren und zu rationalisieren (d.h. letzten Endes den Anteil des fixen Kapitals zu erhöhen) damit die teure Arbeitskraft gespart werden kann.
Indem also die Gewerkschaften strikt die Interessen der Arbeiterschaft vertreten, sind sie mit einer der Faktoren, die den technischen Fortschritt im Kapitalismus bewirken. Dieser aber sollte am Ende den Kapitalismus an seine Grenze bringen, den gesellschaftlichen Reichtum derart steigern, daß schließlich die Weise seiner Aneignung geändert werden müßte.
Die gleiche Struktur hat sozialistische Friedenspolitik. Einerseits vertritt sie das Lebensinteresse der Menschen überhaupt, andererseits bewirkt sie dadurch den Fortschritt der Ökonomie. Wenn die Rüstung hemmender Faktor wirtschaftlichen Wachstums ist, als "unproduktiver Konsum", dann bedeutet Rüstungsverminderung schnelleres reales Wachstum, womit zugleich der Kapitalismus näher an sein Ende kommt. Auf der anderen Seite versucht aktive soziale Interessenvertretung das Abgleiten des Kapitalismus in die Rüstung zu verhindern. In seiner

Wachstumskrise muß dem Kapitalismus daran liegen, die ökonomischen Ressourcen, die in ihr freigesetzt werden, dennoch so einzusetzen, daß die offene Krise verhindert wird. Unmittelbar haben Rüstungsausgaben einen konjunkturfördernden Einkommenseffekt, der allerdings bald versandet, dann wird die Rüstung zu einem Strukturelement der Wirtschaft, das ohne Kapazitätseffekt bleibt. Die Vertretung "vernünftige nünftiger" Bedürfnisse der Arbeitenden und die Durchsetzung ihrer Interessen nimmt die wirtschaftlichen Ressourcen in Anspruch, so daß jene andere Tendenz zurückgedrängt wird - Rüstung schwer fällt. Freilich fördert die soziale Interessenvertretung die kapitalistische Konjunktur, sie bewirkt einen Einkommeneffekt. Zugleich hat sie aber - obgleich nicht unmittelbar - auch Kapazitätseffekte - sie verschäfft die Wachstums-Krise. In der vergesellschafteten Produktion, unter der Voraussetzung der Verflechtung von Staat und Gesellschaft, ist ein großer Teil der zu tätigenden Investitionen ihrer Struktur nach vom Staat zu leisten. Da andererseits die Rüstung Teil des Staatshaushaltes ist, erscheint der Gegensatz zwischen Friedens- und Rüstungspolitik als Streit um die Aufteilung des Staatsbudgets.

Die Vertretung der sozialen Interessen der Arbeitenden kann, wenn sie ihre Sache ernst nimmt, sich nicht darauf beschränken, um bessere Löhne zu kämpfen. Sie muß sich darauf richten, daß in großem Umfange für Gemeinschaftsaufgaben, die Teil der gesellschaftlichen Produktion sind, investiert wird. Insofern wird sie in die Auseinandersetzung um die Aufteilung des Staatsbudgets gedrängt. Es kommt also darauf an, die Notwendigkeit solcher Investitionen ins Bewußtsein zu bringen, damit die Rüstung als merkbare Einschränkung positiver Möglichkeiten überhaupt erscheint. Vorschläge für planvolle Wirtschaftsmaßnahmen müssen nicht nur den Rüstungssektor antasten, sie müssen auch sichtbar machen, was die Rüstung kostet und was ohne sie positiv möglich wäre.
Jede Politik, von wem immer sie auch gemacht wird, die das allgemeine Interesse aller aus dem Auge verliert, wird zur Rüstungspolitik. Wo die Gewerkschaften bloß partielle Interessen vertreten, müssen sie die Rüstung billigen. Das zeigt sich direkt beim Streik der englischen Arbeiter gegen die Einschränkung des Bomberbaues. Vermittelter trägt die Politik der Vermögensbildung zur selben Tendenz bei. Beispiel die USA, wo ein großer Teil der breitgestreuten Kleinaktien auf die Rüstungsindustrie entfallen, was bedeutet, daß die Kleinaktionäre durch Entspannungs- und Abrüstungspolitik Kursverluste ihrer Rüstungsbetriebe hinnehmen müssen, und daher rebellieren. Die selbe Struktur hat auch die Politik des Zivilschutzes. Da das Ganze im modernen Krieg nicht überlen kann, Zivilschutz also allein Verhinderung des Krieges überhaupt heißen könnte, sind alle Maßnahmen darauf gerichtet, Einzelnen die Chance des Überlebens zu geben. Zivilschutz appelliert an Partialinteressen. Wer die Möglichkeit nicht sieht, daß alle überleben, wer nicht die Chance wahrnimmt, solidarisch mit der gesamten Gesellschaft sein Leben zu sichern und also eine Politik durchzusetzen, die den Krieg verhindert, wird seine Chance suchen als Einzelner, im Zivilschutz, um im Krieg trotzdem zu überleben.

Es ist dies die gleiche Struktur, wie die der Emanzipation der Arbeiterklasse, um die es sich ja auch handelt.
Würden die Gewerkschaften syndikalistische Politik machen, dann würden sie landen beim Streik gegen Rüstungsbeschränkungen. Aktive gewerkschaftliche Betriebspolitik müßte sich also paaren mit aktiver gesamtgesellschaftlicher Politik und nur so kann sie bei zunehmender Zentralisierung und Konzentration der Ökonomie die entscheidenden Gro Größen sichtbar machen, um schließlich zu wesentlicher Änderung zu kommen.

Ausgleichspolitik schafft nicht nur die ökonomischen Möglichkeiten sozialer Reformpolitik, sie schafft auch, in dem Maße, in dem sie erfolgreich ist, die Voraussetzungen, unter denen soziale Auseinandersetzungen überhaupt erst wieder in Gang kommen können.
Der Kalte Krieg bedeutet nicht nur ökonomisch, daß der Kapitalismus seine Krise in die verstärkte Rüstung tendenziell, wenn auch nicht auf die Dauer, ableiten kann. Er internationalisiert den Klassenkampf auch politisch. Abschwächung der internationalen Spannungen bedeutet zugleich, daß die Widersprüche des Kapitalismus nach innen zurückgegeben werden.